

*Annemarie Pfeifer (EVP):* Zuerst ein anerkennendes Wort an den Regierungsrat: Der Regierungsrat hat das Problem erkannt und gibt im vorliegenden Bericht einen kurzen Überblick über die schädigende Wirkung von aktivem und passivem Rauchen. Er nennt dabei drei Themen, bei denen hier im Saal Einigkeit herrschen sollte. Erstens: Tabakrauch ist gesundheitsschädigend. Der Regierungsrat selbst sagt, dass 8'000 Menschen jährlich an den Folgen von Tabakschäden sterben. 21% aller männlichen Todesfälle sind tabakbedingt, sagt die Regierung. Die Kosten für die medizinische Behandlung beträgt laut Krankenkassen CHF 1'200'000'000. Die Regierung sagt, dass mehrere hundert Passivraucher jährlich sterben in der Schweiz. Die Regierung fasst zusammen: Es gibt keine Schwelle der Exposition, unter welcher Tabakrauch unbedenklich ist.

Zweitens sagt die Regierung: Der Schutz der Nichtraucher soll verstärkt werden. Die Regierung schreibt in ihrem Bericht: Demgegenüber ist die objektive Schädigung durch Passivrauchen nachgewiesen und stellt aus heutiger Sicht den primären Grund für eine klare Regelung dar. Genau das wollen wir von der EVP und mit der Initiative. Wir möchten klare Regelungen.

Passivrauchen ist giftiger als direktes Rauchen. Das schreibt Wikipedia. Ein interessantes Forschungsprojekt aus Italien sagt: Zigaretten sind schädlicher als Diesel. Mailänder Forscher liessen einen Dieselmotor 30 Minuten lang in einem geschlossenen Raum laufen und massen danach den Feinstaub. Danach haben sie dasselbe mit Zigaretten gemacht. Sie liessen drei Leute eine Zigarette im gleichen Raum rauchen und massen den Feinstaub. Dieser war nach den drei Zigaretten zehnfach höher als beim Dieselmotor. Nach Einführung von rauchfreien Restaurants fiel die Herzinfarktrate in Italien um 9% auf 11%. Es gibt zwei Studien, eine aus dem Piemont und eine aus Rom. Irland meldet: Nach der Einführung von rauchfreien Restaurants verbesserte sich der Gesundheitszustand des Personals deutlich. Dazu gibt es eine Studie von einem Harvard-Professor. Rauchfreie öffentliche Räume sind Zeichen von glaubwürdiger Prävention.

Die Regierung gibt zu, dass klare Regelungen Wirkung zeigen. Wir lesen im Regierungsbericht, dass im ersten halben Jahr nach Einführung von rauchfreien Restaurants, in Italien eine halbe Million Italiener das Rauchen aufgegeben habe. Welche Präventionskampagne ist so erfolgreich?

Es braucht klare Regelungen. Ich rede heute auch im Namen des Initiativkomitees, Schutz vor Passivrauchen. Die Initiative ist die wirkungsvolle Alternative für den Verhaltenskodex, den die Regierung mit dem Wirteverband Basel geschlossen hat. Die Gründe, warum damals eine Ratsminderheit den Verhaltenskodex bekämpft hat und das Tessiner Modell beantragt hat, sind heute noch gültig. Sie werden nachher von den verschiedenen Mitgliedern des Initiativkomitees vorgetragen. Das SP-Initiativmitglied wird über den Schutz des Servicepersonals sprechen, die Grünen werden sagen, dass sie keine Insellösung und saubere Luft möchten. Die CVP wird den Schwerpunkt Schutz vor Familien bringen. Das SVP-Mitglied und das FDP-Mitglied möchten Zwangs- und Fehlinvestitionen vermeiden. Der DSP-Vertreter wird über Einsparungen bei der Aufwertung von Liegenschaften reden.

Im letzten Jahr haben wir über die Durchführbarkeit des Verhaltenskodex diskutiert. Der Wirtverband macht mächtig Dampf und sagt, wie erfolgreich er ist. Regierungsrat Carlo Conti hat im letzten Monat bei der Beantwortung der Interpellation Rolf Sturm zur Überprüfung der Zwischenresultate in diesem hohen Hause wörtlich gesagt: Die vorgelegten Daten weisen methodische Schwachstellen auf. Das heisst, es ist nicht klar, ob die erwähnten 50% Nichtraucherplätze wirklich rauchfrei sind. Es gibt keine Angaben, ob eine Lüftung eingebaut wurde, es gibt keine Angaben, ob diese Plätze in separaten Räumen sein werden. Die Zeitschrift K-Tipp hat in Zürich solche Messungen durchgeführt in Nichtraucher-Restaurants. Das Fazit im Titel war: Rauchfrei - so ein Witz. Auch in angeblich rauchfreien Räumen atmen Gäste Tabakrauch ein. Es kommt drauf an, wie diese Plätze ausgestaltet sind. Ich glaube der Regierung mehr als dem Wirtverband und weise die irreführenden Erfolgsmeldungen des Wirtverbandes entschieden zurück. Das Initiativkomitee stellt nicht nur die Durchführbarkeit sondern auch die Ziele des Verhaltenskodex generell in Frage. Die Ziele sind ungenügend. Der Passivraucherschutz ist ungenügend. Die Durchführbarkeit ist schwierig und aufwändig. Der Kodex soll durch einen kurzen und klaren Gesetzestext ersetzt werden. Mit 4'500 gültigen Unterschriften kam die Initiative in Basel zustande. In Baselland haben sogar 6'300 unterschrieben. Wir möchten, dass diese Initiative sofort vors Volk kommt.

Die Initiative bringt klare Regelungen. Sie bietet den einzig wirkungsvollen Schutz vor Passivrauchen. Sie offeriert den Rauchenden die Möglichkeiten des Fumoirs. Sie ist aus gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Gründen die sinnvollste Lösung. Sie gibt ein Signal nach Bern, das möchten wir so. Basel-Stadt und Baselland wird sich koordinieren. Deshalb stellt die EVP, gemeinsam mit der SP und den Grünen, den Antrag, die Initiative Schutz vor Passivrauch soll direkt dem Volk vorgelegt werden.

### **Antrag**

Hermann Amstad (SP) und Konsorten beantragen, die Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" gemäss § 18 lit. a. IRG sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

*Hermann Amstad (SP):* Die Mitarbeiterin des Gesundheitsdepartements, welche den vorliegenden Bericht formulieren musste, war um ihre Aufgabe nicht zu beneiden. Zu Beginn und am Ende des Dokuments musste sie begründen, weshalb die Initiative Schutz vor Passivrauchen nicht direkt dem Volk vorgelegt werden soll. Im mittleren Teil hingegen stelle sie ausführlich die Gefahren des Passivrauchens dar und zeigte, dass sämtliche Expertinnen und Experten auf nationaler und internationaler Ebene ein umfassendes Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Räumen fordern, wie dies auch die vorliegende Initiative tut. Wie Sie bereits von Annemarie Pfeifer gehört haben,

stellt die SP-Fraktion, zusammen mit der EVP-Fraktion und dem Grünen Bündnis, den Antrag, die Initiative Schutz vor Passivrauchen direkt dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten. Es geht uns nicht um die Verteufelung der Raucherinnen und Raucher. Auch ich geniesse ab und zu gerne eine Zigarette. Wir glauben, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gastgewerbe, wie alle anderen Arbeitnehmenden, das Recht haben, bei der Arbeit vor gesundheitlichen Gefahren geschützt zu werden. Wie gefährlich das Passivrauchen ist, hat Annemarie Pfeifer mit Verweis auf den Bericht des Regierungsrates dargelegt. In diesem Bericht lesen wir, dass 2004 29% der 14- bis 65-jährigen Bevölkerung während mindestens sieben Stunden pro Woche dem Tabakrauch ausgesetzt ist. Die Tabakrauch-Exposition in öffentlichen Räumen ist in Restaurants, Bars und Kaffees am höchsten. In einem Kommentar zum Rylander-Prozess, bei dem einem Genfer Forscher nachgewiesen werden konnte, dass er im Auftrag der Tabakindustrie die angebliche Unschädlichkeit des Passivrauchens beweisen sollte, sagte der Genfer Ethiker Alex Mauron folgendes: Die letzten Opfer des Passivrauchens in der Schweiz werden wohl schlecht bezahlte Arbeitskräfte in der Gastronomie sein. Die Regelung in Artikel 34 des Gastgewerbegesetzes, welche der Regierungsrat der vorliegenden Initiative vorzieht, spricht den Schutz der Arbeitnehmenden mit keinem Wort an. Ich kann als Gast wählen, welchen Teil eines Restaurants ich besuche, oder ob ich als Nichtraucher ein Restaurant meide. Als Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin im Gastgewerbe steht mir diese Möglichkeit nicht offen. Die Diskussion, die wir heute führen, wird europaweit geführt. In einem Kommentar der deutschsprachigen Prager Zeitung habe ich folgendes gelesen. Das Gejammer der Wirte wegen angeblich erwarteten Umsatzeinbussen kann man teilweise verstehen. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass die Befürchtungen übertrieben sind. Im Übrigen kann das kein Kriterium sein, wenn der Schutz der Nichtraucher im Vordergrund stehen soll. Effektiv erreicht wird dies allerdings nur, wenn die sauberste Lösung gewählt wird, nämlich das Rauchen komplett zu verbieten. Alle Kompromisslösungen sorgen für Unklarheiten, Interpretationspotential und weiteren Streit, dem ist nichts hinzuzufügen. Ich bitte Sie deshalb, die ehrlichste Lösung zu wählen, und die Initiative Schutz vor Passivrauchen direkt dem Volk vorzulegen. Wir haben die Chance, die Lücke beim Gesundheitsschutz von Arbeitnehmenden im Gastgewerbe rasch zu schliessen.

*Elisabeth Ackermann (Grünes Bündnis):* Auch das Grüne Bündnis schlägt Ihnen vor, die Initiative direkt dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Die Stellungen sind klar bezogen. Es ist uns deshalb unklar, weshalb der Regierungsrat nochmals einen Bericht zur Initiative schreiben will. Der Regierungsrat ist für den heute geltenden Verhaltenskodex und möchte abwarten, ob er erfüllt wird. Dies hat er im vorliegenden Bericht und in einer Pressemitteilung mitgeteilt und heute bestätigt. Die Initiative wurde von uns Initianten nicht nur ergriffen, weil wir glauben, dass die Ziele des Kodex nicht erreicht werden. Wir erachten diese Ziele als ungenügend. Die Arbeitnehmer und die nichtrauchenden Gäste sind weiterhin nicht vor dem Passivrauchen geschützt. Das Passivrauchen wird im Bericht der Regierung als ernstzunehmendes Risiko mit mehreren hundert Todesopfern pro Jahr in der Schweiz bezeichnet. Auf eidgenössischer Ebene zeichnet sich ein Gesetz ab, das den Verhaltenskodex in Basel ausser Kraft setzen wird. Nichtraucherzonen, die baulich nicht abgegrenzt sind, werden nicht akzeptiert. Falls das Bundesgesetz Raucherbetriebe zulassen sollte, müsste dafür eine staatliche Bewilligung eingeholt werden. Der Wirtverband kann nicht nach eigenem Gutdünken bestimmen, wo noch geraucht werden darf. Mit Annahme der Initiative würde ein Gesetz in Kraft treten, das mit dem kommenden Bundesgesetz kompatibel ist. Auch unsere Nachbarländer Deutschland, Frankreich und Italien haben ähnliche Gesetze, die funktionieren. Ich war in letzter Zeit in diesen Ländern in den Ferien. Als Gast ist es äusserst angenehm. Überall funktionieren die rauchfreien Restaurants, wenn klare Regelungen getroffen wurden. Die Selbstregulierung hat nirgends funktioniert. Wir brauchen eine klare einfache Gesetzgebung, die auch für die Wirte Sicherheit und für alle gleiche Bedingungen schafft. Es ist nicht einzusehen, wieso es in Basel noch lange Abklärungen braucht, bevor abgestimmt werden kann. Die Auslegeordnung ist klar und heute werden wir nochmals alle Argumente für und gegen die Initiative hören. Ich bitte Sie deshalb im Namen des Grünen Bündnis, die Initiative direkt dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.

*Stephan Maurer (DSP):* Sie können sich vorstellen, dass es auch in unserer Fraktion eine heftige Raucher- und Nichtraucherdiskussion gab. Unser Raucher stellt die Diskriminierung in den Vordergrund. Er sieht es als Ungerechtigkeit an, dass künftig auf der Strasse dem Vergnügen nachzugehen ist und würde sicherlich weniger eine Gaststätte aufsuchen. Dafür haben wir Verständnis. Ich sehe dies jedoch anders und gehe auf die wichtigsten Gründe ein, warum eine Mehrheit unserer kleinen Fraktion die Initiative direkt dem Volk vorlegen möchte. Das von der Regierung vorgeschlagene Vorgehen hat sich längst überholt. In vielen Ländern ist jüngst das Rauchverbot eingeführt worden, in einigen bereits vor Jahren. Ich kann die zögerliche Haltung der Regierung nicht verstehen. Die Selbstregulierung ist kaum praktikabel und für viele kleinere Betriebe ist es nicht machbar, separate Räume für Raucher und Nichtraucher zur Verfügung zu stellen. Ich selber habe bemerkt, dass ich heute praktisch nur noch Restaurants aufsuche, die rauchfrei sind. Glücklicherweise gibt es zunehmend mehr davon. Gastrobetriebe haben bemerkt, dass mit einer reinen Nichtraucher-Restaurations eine Umsatzzunahme zu erzielen ist. Bei einigen wenigen Stammbезеиen wird sich das Klientel verändern. Vom Aufwand her ist eine Umstellung problemlos, vergleichbar mit dem öffentlichen Verkehr vor einigen Jahren. In einer Nichtraucher-Lokalität wird deutlich weniger Unterhalt und Reinigung benötigt. Dies bedeutet auch, dass der Wert einer Liegenschaft gesteigert wird, insbesondere dort, wo sich Wohnungen oberhalb von Gaststätten befinden. Diese sind heute schwer zu vermieten, stehen oft leer oder können höchstens an Mitarbeitende abgegeben werden. Dies auch, weil vor allem bei älteren Liegenschaften durchlässige Holzböden vorhanden sind und teilweise die gleichen Abluftschächte der Gaststätte und den Wohnungen dienen. Vor allem in den Wintermonaten ist das bis in höhere Stockwerke hinauf spür- und riechbar. Eine besondere Situation stellen die geschlossenen Diskotheken dar. Da geht es besonders um den Brandschutz. Nur ein schnelles totales Rauchverbot kann für die entsprechende Sicherheit sorgen. Es erstaunt mich, dass bei neu

erstellten Diskotheken das Rauchen gestattet ist, obwohl weltweit immer wieder von gefährlichen Bränden in diesen Lokaltäten zu lesen ist. Mit den heute vorgebrachten Voten kann auch bei uns ein überwältigendes Volks-Ja herbeigeführt werden und dass baldmöglichst die neue Ausgangslage für alle Investoren, Beizer und Lokalbetreiber klar ist, damit schnell neue Investitionen in kundenfreundliche und moderne Lokaltäten ausgelöst werden. Sie spüren mein persönliches Herzblut für das Anliegen. Die Initiative gehört direkt vors Volk.

*Baschi Dürr (FDP):* Wir setzen heute eine Debatte fort, die wir schon ein paar Mal geführt haben. Es ist eine Debatte, die auch an anderen Orten in der Schweiz und in Europa geführt wird. Es ist eine Debatte, die ihrem Verbotshöhepunkt zuzuwanke scheint. Das wird sich in 10 bis 20 Jahren wieder ändern, davon bin ich überzeugt. Es gibt ganz wenige allererste Ansätze in den USA, die so interpretiert werden können, dass der Wind bezüglich der neo-konservativen Verbotschwelle dreht. Wir werden selbstverständlich auch das, wie alles Kulturelle der letzten 50 Jahre, rasch und klaglos übernehmen.

Die Initianten oder ihre Vertreter hier im Rat sagen, dass der Regierungsrat und das Volk etwas anderes möchten. Die heutige Lösung hat aber das Parlament beschlossen. Die heutige Lösung wurde demokratisch gefunden, dagegen wurde kein Referendum ergriffen, sie wurde also vom Volk abgeseget. Es gibt keinen Grund, warum wir heute nicht zuerst schauen, wohin das geht, bevor wir über weitere Schritte beraten. Mit dem nein zur heutigen Lösung und mit der Forderung, die Initiative sofort vors Volk zu bringen, zeigen Sie, dass es Ihnen nicht um den Kompromiss geht, um den wir in der letzten Debatte lange gerungen und erzielt haben. Ein Kompromiss, zu dem sich die Liberalen in diesem Rat sehr weit bewegen mussten. Es ist kein Kompromiss zwischen beispielsweise Gesundheit und Gewerbefreiheit. Es ist eine Abwägung zwischen gemeinschaftlichen Regeln und politischen, gesellschaftlichen Regeln. Gemeinschaftliche Regeln, wo im privaten Raum Regeln getroffen werden zwischen Beizern und ihren Gästen und Mitarbeitenden und zum ändern dem Staat, der vorschreibt, dass es für alle so zu sein hat. Das ist ein Kompromiss zwischen gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Regeln, wo wir uns sehr weit bewegen mussten. Dafür dass Sie diesen Kompromiss heute nicht mehr akzeptieren, finde ich wenig Verständnis. Die Argumentation der Befürworter gegen den Kompromiss zeigt, dass es nicht allein um den Schutz des Passivrauchens geht, sondern es geht grundsätzlich um das Rauchen und darum, dass sie das persönlich nicht wollen. Wir hören die sehr breite Palette von Argumenten, warum das Rauchen etwas Böses und Gefährliches ist, was ich nicht bestreite, und deshalb gehöre es verboten. Dieses Verständnis, dass die Mehrheit immer Recht hat und etwas durchsetzen kann per Gesetz oder Volksinitiative, ist in meinen Augen ein komisches Demokratieverständnis. Es ist in meinen Augen auch ein komisches Demokratie-Missverständnis, dass die Anhänger der SVP Einbürgerungsinitiativen machen. Die Initianten können nicht unterscheiden zwischen generellen Regeln und der Regelanwendung, während die Initianten hier nicht unterscheiden können zwischen einer politischen Regelung, wo es um eine Interessensabwägung geht, und dem Staat, der in einen privaten Raum Eingriff nimmt. Wenn das Demokratie ist, dann mag das allenfalls so sein. Wenn die Mehrheit sagt, dass Herr Illic keinen roten Pass bekommt, dann erhält er diesen roten Pass nicht. Wenn eine Mehrheit sagt, im Ochsen darf nicht geraucht werden, dann darf dort nicht geraucht werden. Das mag demokratisch und rechtens sein. Aus liberaler Sicht ist das nicht legitim. Ich bitte Sie, die Initiative dem Regierungsrat zu überweisen.

*André Weissen (CVP):* Die CVP steht grossmehrheitlich hinter dem Vorschlag der Regierung. Für ein grosses Plädoyer pro und kontra für die Initiative ist heute nicht der richtige Zeitpunkt, das haben wir bereits geführt. Die Argumente, die wir gehört haben, sind nicht neu. An der Faktenlage hat sich seit dem Jahr 2006 nichts geändert. Auch wir wissen, dass sich das Volk einen besseren Schutz vor dem Passivrauchen wünscht. Das Basler Stimmvolk wird diese Initiative bei einer Abstimmung klar annehmen, davon bin ich überzeugt. Den Wunsch unserer Bevölkerung gilt es ernst zu nehmen, das ist unsere demokratische Pflicht. Trotzdem sind wir der Meinung, dass diese Initiative nicht direkt zur Abstimmung gelangen soll. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht die Argumente dazu breit und klar dargelegt. Wir können diesem Vorschlag folgen. Es ist nicht so, dass wir davon überzeugt sind, dass der Verhaltenskodex unseres Wirtverbandes der einzig richtige Weg ist. Im Gegenteil, viele von uns zweifeln daran, dass es gelingen wird, dieses Vorhaben umzusetzen. Wir haben aber diesem Versuch zugestimmt und sollten den bald bevorstehenden Beschluss abwarten. Es dauert nur noch ein paar Monate, bis das Resultat definitiv vorliegt. Man sollte nicht ohne Not mitten im Spiel die Spielregeln ändern. Gewichtiger ist für die CVP das koordinierte Vorgehen. Der Zeitpunkt für ein kantonales Extra-Zügli scheint für uns vorbei. Die nationalen Pläne sind zu weit. Es ist nicht zu befürchten, dass unsere eidgenössischen Räte in dieser Sache einen gummigen Kompromiss beschliessen werden. Bald kommt eine eindeutige und klare Regelung für die ganze Schweiz. Es gilt dann, dafür zu sorgen, dass diese so rasch als möglich umgesetzt wird. Vorher etwas eigenes zu kreieren, um das nachher in mühsamer Kleinarbeit dem neuen Gesetz anzupassen, scheint mir unnötig. Wir möchten, wenn immer möglich, bei gleichartigen Geschäften ein gemeinsames Vorgehen mit unserem Partnerkanton Basel-Landschaft ermöglichen, auch wenn diese wie beim Messeneubau manchmal ausscheren. Der Vorschlag der Regierung zeigt klar auf, wie im Fall dieser Initiative eine solche Koordination möglich ist. Bei dieser Datenlage und der schon sehr fortgeschrittenen Situation in der Sache sollten wir keinen Sonderweg einschlagen. Im Gegenteil, wir haben die Hoffnung, dass das Bundesgesetz über den Nichtraucherschutz so griffig sein wird, dass die Basler und Baselbieter Initianten die Initiative getrost zurückziehen können. Dann haben wir unserem Stimmvolk einen unnötigen und teuren Abstimmungskampf erspart. Auch die Lungenliga kann ihre Gelder besser und nutzbringender einsetzen als für einen Abstimmungskampf für etwas, das ohnehin auf gutem und raschem Weg ist. Lasst uns diese unnötige Abstimmung verhindern und überweisen wir die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung. Die Fraktion der CVP bittet Sie, unsere Meinung zu teilen.

### Zwischenfragen

von Hermann Amstad (SP), von Annemarie Pfeifer (EVP) und von Baschi Dürr (FDP).

*Conradin Cramer (LDP):* Wir haben viel Inhaltliches gehört bei dieser Debatte, bei der es eigentlich um Verfahrensfragen geht. Wir haben Inhaltliches von den Initianten gehört. Annemarie Pfeifer hat uns eine Traktandenliste von Sprechern angedroht, die nachher im Sinne einer Medienkonferenz des Initiativkomitees hier sprechen wollen. Ich halte das nicht für sinnvoll, aber das müssen die Initiantinnen und Initianten selbst beurteilen. Wir haben gehört, wie wichtig dieses Anliegen den Initiantinnen und Initianten ist. Ich möchte die Wichtigkeit nicht bestreiten. Sie haben innert kürzester Zeit viele Unterschriften gesammelt und Sie haben mit Ihrem Anliegen eine breite Bevölkerungsschicht hinter sich. Um was es eigentlich geht heute, darüber habe ich bisher nichts gehört. Nämlich, warum dieses Anliegen derart dringlich ist, dass wir alles über den Haufen werfen müssen, was wir beschlossen haben, und sofort das Volk befragen müssen. Diese Dringlichkeit konnten Sie mir nicht erläutern. Hermann Amstad, die SP setzt sich seit hunderten von Jahren für Arbeitnehmerschutz ein. Sie hat vor kurzem den Rauch-Arbeitnehmerschutz entdeckt und jetzt muss es sofort und ganz schnell gehen. Man kann den eingeschlagenen Lösungsweg nicht zu Ende verfolgen. Gibt es neue wissenschaftliche Erkenntnisse, die Ihnen sagen, Sie können es nicht verantworten, dass das Volk ein halbes Jahr länger warten muss, um darüber abzustimmen?

Es geht darum, wie wir mit dieser Initiative weiter verfahren. Elisabeth Ackermann und Stephan Maurer haben bemerkenswerte Dinge gesagt, die mich darauf schliessen lassen, dass Sie ihr parlamentarisches Kurzzeitgedächtnis in dieser Debatte etwas verleugnen. Sie haben den Regierungsrat kritisiert und ihm vorgeworfen, er würde uns etwas vorlegen, das nicht klar ist und er soll eine klare Haltung einnehmen. Der Regierungsrat macht das, was wir ihm aufgetragen haben. Wenn er etwas anderes machen würde, dann müssten wir ihn heute scharf kritisieren. Er sagt, dass wir im Rat beschlossen haben, uns auf diese Public Private Partnership mit dem Wirteverband einzulassen. Die Selbstregulierung einer Branche, die bereit ist, Selbstverantwortung zu übernehmen. Das fanden wir hier im Rat mehrheitlich gut. Als Parlament stehen wir gegenüber den Privaten, die wir in diesen Kompromiss eingebunden haben, in einer gewissen Verpflichtung, mindestens bis die Versuchsphase zu Ende ist. Wir haben uns nicht während zehn Jahren in einen Knebelvertrag gebunden, der uns keinen Spielraum mehr lässt. Diese Versuchsphase läuft in den nächsten Monaten aus. Wir sprechen von einer Verschiebung des Abstimmungstermins um wenige Monate. Ich möchte nicht wegen ein paar Monaten unseren Kompromiss aufgeben. Wir haben genau dieselben inhaltlichen Argumente damals gehört.

Das andere Argument ist die Bundeslösung, die erhofft wird. Natürlich können wir uns als Kanton dagegen nicht zur Wehr setzen. Der Bund behauptet, dass er eine Regelungskompetenz hat. Auch darüber lässt sich diskutieren, aber das müssen wir nicht hier tun. Der Bund wird früher oder später regulieren. Nach neusten Informationen von Carlo Conti wird das eher früher sein. Wir werden eine Bundeslösung haben, die es uns ermöglichen wird, auf diese Abstimmung zu verzichten. Carlo Conti hat zurückhaltend angetönt, dass man damit auch Kosten sparen kann. Wir können Steuergelder sparen, wenn wir einen Abstimmungstermin nicht durchführen. Es sind aber vor allem auch Abstimmungskampfgelder von Ihnen. Das sind beispielsweise Gelder der Krebsliga, von der ich annehme, dass sie sich im Abstimmungskampf engagieren wird. Als jemand, der der Krebsliga nahe steht, kann ich Ihnen sagen, dass es noch viele Projekte gibt, die diese Gesellschaft unterstützen könnte, Projekte, wo sie dieses Geld gut gebrauchen kann. Das ist auch ein Argument dafür, dass wir noch ein paar Monate warten. Es geht nicht darum, dass man die Lösung blockieren oder die Abstimmung vermeiden möchte. Wir bestreiten auch nicht die Wichtigkeit des Anliegens. Es geht nur darum, dass wir ein bisschen warten und es ein bisschen länger dauert, als es vielleicht theoretisch dauern könnte. Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrates zuzustimmen.

### Einzelvoten

*Oswald Inclin (CVP):* Ich äussere mich zu einer Sache, bei der ich viel Herzblut habe. Ich äussere mich auch als Initiativkomitee-Mitglied und als Minderheitensprecher der CVP-Fraktion. Als ich damals auf dem Barfi stand, links meine Tochter Andrea und rechts Martina, und ich entscheiden musste, wo ich schnell etwas essen ging, dann fiel meine Wahl in der Regel auf das Schottische Spezialitätenrestaurant an der Ecke zum Kohlenberg und nicht auf die Brötli-Bar, mein Lieblingsrestaurant, wegen der Rauchersituation. Ich würde mich heute mit den hoffentlich noch eintreffenden Grosskindern gleich entscheiden. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, was Passivrauchen für Kinder bedeutet. Sie müssen sich die Brötli-Bar voll mit Kindern vorstellen, das ist unvorstellbar.

Als sich der Grosse Rat im Oktober 2006 für den Verhaltenskodex der Wirte entschieden hat, war für mich klar, dass sicher auch die Brötli-Bar rauchfrei werden wird. Eine Nichtraucherzone ist dort nicht möglich. Sie kennen vielleicht die Lösung des Stadthofes. Nicht die Brötli-Bar ist rauchfrei und nicht der freundliche Gastraum Richtung Barfi im ersten Stock, sondern hinten im Loch bei der Pizzeria dürfen die Nichtraucherenden sein. Der dunkle beinahe fensterlose Raum ist der Bereich für Nichtraucher. An dieser Art von Lösungen lässt sich feststellen, dass sich Etablissements dagegen wehren, die es sich leisten können, und einen rauchfreien Raum aussondern. Nicht der attraktive Hauptraum wird proaktiv für die 70% der Nichtraucherenden Gäste rauchfrei gehalten, sondern ein Nebenraum allenfalls im erste Stock. Der Kodex-Entscheid ist in vielen Fällen kein Entscheid zugunsten der Nichtraucherenden, oft ein Entscheid wegen der Nichtraucher Auflage, wenn nicht sogar gegen die Nichtraucherinnen und Nichtraucher. Ich finde das nicht in Ordnung, ich möchte klare Verhältnisse. Die Pressemitteilung, dass in Basler Restaurants 42% bereits rauchfrei seien, sollte eigentlich heissen, dass eine Mehrheit der Basler Restaurants

rauchfrei sind. Das wäre die entsprechende politische Aussage in der jetzigen Nichtraucher-situation.

Ich möchte nicht, dass die Wirte über 70% Nichtraucher-gäste entscheiden. Ich möchte, dass eine Mehrheit der Basler Bevölkerung seinen Restaurants sagt, wo die 30% der rauchenden Gäste rauchen dürfen, nämlich in den Fumoirs. Die Initiative gehört vors Volk, dazu sind Initiativen gedacht, egal was die eidgenössischen Parlamente beschliessen. Diese Argumentation finde ich komisch. Wenn wir in Basel wissen, was wir wollen, dann kann uns ein entsprechender Entscheid in Bern nur recht sein. Sonst warten wir auch nicht immer auf Bern. Ich bitte Sie, klare wolkenlose Verhältnisse zu schaffen. Die Klärung zugunsten der einen oder anderen Variante ist in diesem Fall nur durch das Volk zu treffen.

*Lorenz Nägelin (SVP):* Conradin Cramer möchte ich sagen, dass es nicht um ein paar Monate geht, sondern es geht darum, klare Verhältnisse zu schaffen. Das können wir jetzt tun. Baschi Dürr ist es langsam leid hier vorne zu stehen und eine Raucherdebatte zu führen. Auch dafür kann das Volk klare Verhältnisse schaffen. Ich trete als Einzelsprecher auf. Ich verstehe die Mehrheit der Basler SVP, aber dieses Thema hängt für mich nicht mit einem parteipolitischen Programm zusammen. Aus Sicht der Wirte würde ich die heutige Situation als verzwickelt betrachten. Verzwickelt, weil der Wirteverband mit dem ausgehandelten Verhaltenskodex den betroffenen Betrieben Vorschriften betreffend Lüftung, Platzbedarf, Nichtraucher, Fumoirs etc. macht. Alles ist mit grossen Investitionen verbunden. In vielen Lokalen müssen viele tausend Franken getätigt werden, welche unter Umständen nach einem schweizweiten oder kantonalen Entscheid überflüssig gewesen wären. Da spielen die sieben Monate eben doch eine Rolle. Viele Wirte zerbrechen ich den Kopf, wie diese einzigartige Vorgehensweise mit dem Verhaltenskodex umgesetzt werden kann. Nicht überall lässt sich Rauchen und Nichtrauchen so einfach trennen. Um die Situation zu vereinfachen und alle Lokale gleich zu behandeln, wäre ein rascher Entscheid durch das Volk sinnvoll. Ich bin dafür, dass eine Initiative nicht verwässert werden darf. Mehrere tausend Stimmberechtigte, die unterschrieben haben, verlangen eine klare Regelung in Restaurants. Sie möchten keinen unbrauchbaren Verhaltenskodex und sie möchten keine Verwässerung ihres Anliegens. Der Initiativtext ist kurz, klar und verständlich. In diesem Rat und in den Medien wurde ausführlich darüber diskutiert, sodass kein weiterer Bericht des Regierungsrates mehr nötig ist. Die Vorlage muss ohne Verzögerung dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, klare Verhältnisse zu schaffen, das Volk für mündig zu erklären und die Initiative direkt dem Volk vorzulegen.

### **Zwischenfrage**

von Sebastian Frehner (SVP).

*Rolf Stürm (FDP):* Wir sprechen von Beizensterben. In den letzten Wochen lasen wir in den Zeitungen die Berichte von Gastro Suisse. Es hiess dort, nach dem Beizensterben kommt das Beizensterben. Gründe, die Gastro Suisse selbst nennt, ist ein permanentes Überangebot, falsche Konzepte und Unprofessionalität. Dazu kommt, dass Gastro Suisse nach eigenen Angaben eine jährliche Mitgliederfluktuation von 20% hat. Bei einem solch hohen statistischen Rauschen kann keine Studie der Beizen wegen Rauchverbots signifikant sein. Sie können jede beliebige Statistik finden bzw. erfinden. Seit dem Rylander-Prozess ist bekannt und von Bundesgericht bestätigt, dass die Zigarettenindustrie Wissenschaftsbetrug finanzierte. Zuerst wurde behauptet, dass Rauchen nicht süchtig macht und nicht schädlich sei und danach, dass Passivrauchen nicht schädlich sei, gekaufte Studien. Die Statistiken über Beizensterben könnten meiner Meinung nach auch eine Fälschung der Zigarettenindustrie sein, mit dem Ziel, die Gastronomieverbände in einen Stellvertreterkrieg gegen die Gesundheitspolitiker zu treiben. Dieser Stellvertreterkrieg hat Fehlinvestitionen zur Folge, wie Lorenz Nägelin gesagt hat. Man hört oft, dass diese Investitionen freiwillig seien und der Verhaltenskodex auch. Das stimmt nicht, er beruht auf dem Gesetz, das wir gemacht haben. Dies stellte auch die Gesundheits- und Sozialkommission in ihrem Mitbericht zur GPK fest und hat sich befremdet gezeigt, dass der Regierungsrat von Freiwilligkeit gesprochen hat. Seit diesem Ruffel spricht der Regierungsrat nicht mehr von freiwilliger Selbstregulierung, sondern von induzierter Eigenverantwortung, was mit aufgezwungener Eigenverantwortung übersetzt werden kann. Die Legislative ist für die Fehlinvestitionen der Wirte mitverantwortlich. Wir induzieren ein Extra-Züglein und wir induzieren Missmanagement.

Es wurde gesagt, dass die Abstimmung Geld kosten würde. Ich möchte auf die Beantwortung meiner Interpellation hinweisen. Auch das Überprüfen der Resultate der Wirte kostet den Staat Geld, das hat Regierungsrat Carlo Conti hier vor einem Monat gesagt. Wenn das Volk sofort ja zur Initiative sagt, dann bestehen in Basel für alle Beizer Planungssicherheit und gleich lange Spiesse. Diese Initiative ist sowohl mit den aktuellen Vorschlägen aus Bern als auch mit unserem Umland nicht zu vereinbaren. Auch wenn Sie heute für die Verzögerungstaktik des Regierungsrates stimmen, ist die Initiative nicht vom Tisch. Glauben Sie nicht, dass wir die Initiative zurückziehen werden, auch wenn der Verhaltenskodex 100% umgesetzt werden sollte. Das Initiativkomitee stellt nicht nur die Durchführbarkeit, sondern die Ziele des Verhaltenskodex generell in Frage. Die Ziele des Kodex sind ungenügend.

Ich fasse die Gründe, warum die Initiative direkt vor das Volk kommen soll, zusammen. Das ist auch die Antwort auf die Frage von Conradin Cramer, wo die Dringlichkeit liegt. Für die Ratsrechte: Stoppt Zwangs- und Fehlinvestitionen eines Wirtschaftszweiges, der es jetzt schon schwer genug hat. Für die Ratslinie: Rauchen tötet, Passivrauch auch.

*Erika Paneth (SP):* Nach diesen harten Worten, die mich an den Rand des Abgrunds der Gesundheit der gesamten

Basler Bevölkerung hieven, bekenne ich mich als passionierte Raucherin. Ich möchte meiner Fraktion nicht widersprechen, welche diese Initiative vor das Volk bringen will. Ich werde mich der Stimme enthalten. Auch wenn ich eine einsame Ruferin bin, möchte ich für das Vergnügen und den Genuss fern jeder gesundheitlichen Diskussion plädieren. Wir leben in einer Gesellschaft, wo wir mittlerweile messen können, welches Verhalten welche Konsequenzen mit sich zieht. Wir lesen heute im Blick, wie man vorzugehen gedenkt bezüglich zu dicken Kindern. Wir wissen, dass es Lebensmittel gibt, die tatsächlich ungesund sind. Ich befürchte, wenn wir alles messen können, dass unsere Erziehungsfunktion als Staat derart in die Individualität der Menschen eingreifen wird, dass wir uns nur noch als gesund oder vielleicht gefährdet betrachten können. Wir sind dann nicht mehr alt und jung, Frau und Mann, sondern nur noch gesund oder nicht gesund. Diese Art der Reglementierung, die mir verbietet, im Tram zu essen, am Rhein eine Zigarette zu rauchen, wird mich immer mehr dazu zwingen, gesund zu leben. Es gibt kein vernünftiges und wissenschaftliches Argument für das Rauchen oder für das ungesunde Leben. Genuss ist nicht immer nur gesund, aber trotz allem genieße ich gerne das Leben.

*Andrea Bollinger (SP):* Ich kann Erika Paneth versichern, dass sie sich selber gefährden kann, so lange sie will. Man darf auch am Rheinufer rauchen. Wir möchten niemandem seinen Genuss verbieten, so lange er oder sie niemand anderen damit belästigt oder in der Gesundheit gefährdet. In Basel wurde eine Initiative angenommen, die sagt, dass Initiativen so schnell wie möglich vor das Volk kommen sollen. Dieselben Kreise, die das wollten, wehren sich nun dagegen, dass das Volk rasch über diese Nichtrauchererschutz-Initiative abstimmen darf. Das ist unverständlich und ich glaube, das wird von vielen Leuten in der Bevölkerung nicht verstanden. Eine solche Ehrenrunde ist unnötig, weil sie nachgewiesenermassen gesundheitsschädigend für das Service-Personal ist. Die Initianten in Baselland möchten ihre Initiative so schnell wie möglich vor das Volk bringen, da wird es wohl keine Fristverlängerung geben. Eduard Rutschmann, bitte hört auf mit dem Totalverbot. Es ist kein Totalverbot, es gibt Fumoirs. In Genf gibt es das zum Beispiel nicht. Hier in Basel haben wir eine moderate Initiative. Ich bitte die Linken und Gewerkschaftlichen an das Service-Personal zu denken. Drei von vier Service-Mitarbeiter wünschen sich rasch einen rauchfreien Arbeitsplatz. Das geht aus einer Umfrage der Hotel- und Gastrounion hervor. Es gibt rund 90'000 Service-Angestellte in der Schweiz. Drei Viertel davon, rund 75'000, wünschen sich möglichst rasch einen nicht gesundheitsschädigenden Arbeitsplatz. Niemand kann sagen, die könnten alle locker wählen, ob sie in einem rauchfreien oder Rauchetablisement arbeiten möchten. Diese Wahlfreiheit gibt es nicht. Alle, denen der Umweltschutz am Herzen liegt, und die auf die Feinstaubproblematik beim Verkehr zu Recht hinweisen, dürfen Feinstaub durch Tabak in Innenräumen nicht ignorieren. Die SVP ist immer dafür, das Volk als Souverän entscheiden zu lassen. Warum nicht hier? Den Liberaldenkenden möchte ich ein Zitat von Conradin Cramer, das er in anderem Zusammenhang vorgebracht hat, sagen: Mein Verständnis von Freiheit und Liberalismus ist folgendes: Die eigene Freiheit geht so weit, bis sie die Freiheit von anderen tangiert. Wenn sie diese Grenze überschreitet wird die Freiheit zur Selbstherrlichkeit auf Kosten anderer. Ende Zitat. Das kann auch auf den Nichtrauchererschutz angewendet. Oder ein Zitat von FDP-Ständerat Felix Gutzwiller: Der Staat muss nicht viel, aber er muss den Schutz der Freiheit garantieren. Dazu gehört auch die Gesundheit, soweit sie von anderen bedroht ist. Ende Zitat. So viel zur Verbotstaats-Debatte, die gelegentlich hysterische Züge anzunehmen beginnt. Warum lassen wir nicht das Volk schnell entscheiden über eine Initiative, die übrigens keine radikale Anti-Raucherinitiative ist, sondern lediglich eine Lösung für einen wirksamen Nichtraucher- und Arbeitnehmerschutz.

Je mehr Signale aus den Kantonen für einen wirksamen Nichtrauchererschutz nach Bern gesendet werden, desto besser. Lassen wir doch das Volk möglichst bald entscheiden. Das Volk ist mündig genug zu entscheiden, um zu sehen, dass die Selbstregulierung nicht die notwendigen Schutzmassnahmen bringt. Dafür braucht es keine weitere Verzögerung oder weitere Kontrollen, Auswertungen und Berichte, die auch eine Verschleuderung von Steuergeldern sind. Ich bitte Sie, die Initiative direkt vor das Volk zu bringen.

*Philippe Pierre Macherel (SP):* Es ist so gekommen, wie ich es befürchtet habe. Es geht nur um das Vorgehen mit einer Initiative und es wurde nun eine inhaltliche Debatte. Ich bin die inhaltliche Debatte über das Passivrauchen in Restaurants leid. Die Schützengräben sind ausgehoben, die Positionen sind bezogen, die Munition ist eingelagert und man erkennt, wie nahe die zwei Positionen eigentlich sind. Baschi Dürr hat gesagt, der Kodex sei demokratisch legitimiert, indem kein Referendum gegen den Paragraph 34 Gastgewerbegesetz in der Version 2006 ergriffen wurde. Natürlich hat man kein Referendum ergriffen, man wollte den Spatz in der Hand behalten. Wäre das Referendum ergriffen worden, dann würde überhaupt keine Verpflichtung zur Schaffung von rauchfreien Innenräumen im Gesetz stehen. Conradin Cramer hat gesagt, das Parlament soll nicht das Gegenteil von dem behaupten, was es vor zwei Jahren beschlossen hat. Im Grossen Rat kam niemand auf die Idee, eine Motion einzugeben, um die Regelung, die von den Initianten verlangt wird, einzuführen. Der Rat hätte auf die Evaluation gewartet. Aber es wurde eine Initiative ergriffen. Das war das richtige Mittel, um die schärfere Bestimmung durchzubringen. Das Volk wird die Legitimation für den einen oder anderen Weg erteilen, wenn es darüber abstimmen kann. Stimmt das Volk darüber ab, dann gibt es zwei Möglichkeiten. Es nimmt die Initiative an, dann haben wir klare Verhältnisse und sparen uns die teure Evaluation. Oder das Volk lehnt die Initiative ab, dann ist die Kodex-Lösung legitimiert und dann wird sie weiter verfolgt. Damit wir das wissen, muss die Initiative vor das Volk, und zwar so schnell wie möglich.

### Schlussvoten

*RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD):* Ich habe heute keine neuen Argumente gehört in Zusammenhang mit dem Passivrauchen, die nicht schon im Oktober 2006 bei der letzten Debatte in diesem Saal vorgetragen wurden. Wir haben im Bericht, den Sie erhalten haben, dargelegt, dass Passivrauchen schädlich ist. Als Gesundheitsdirektor mache ich mir Sorgen über die zunehmende Exposition des Passivrauchens. Die Sorge der Gesundheitsfachleute in Zusammenhang mit dem Rauchen ist beim Passivrauchen ein Nebenschauplatz. Entgegen den Studien, die Annemarie Pfeifer zitiert hat, zeigen die neusten Studien, dass keine rückläufige Tendenz beim Rauchen feststellbar ist. Im Gegenteil, in der Schweiz liegen die neusten Zahlen bei den 20- bis 24-Jährigen, eine wichtige Altersgruppe für die Zukunft, bei 46% der Männer, die rauchen, und 35% der Frauen. Die finanziellen Mittel, die wir haben, setzen wir dort ein und machen die betroffenen Jugendlichen auf die Schädlichkeit des Rauchens aufmerksam. Selbstverständlich gilt das auch für das Passivrauchen. Inhaltlich gibt es keine Differenzen. Über die Ziele herrscht Einigkeit, die Diskussion geht um die Regelung und die Art und Weise, wie man den Schutz vor dem Passivrauchen gewährleisten kann. Es ist unbestritten, wir reden über Rauchverbote in öffentlich zugänglichen Räumen. Der Kanton Basel-Stadt hat in den öffentlich zugänglichen Räumen, über die er die Hoheitsgewalt hat, das Rauchverbot erlassen. Wir reden jetzt nur noch über die öffentlich zugänglichen Räume in den Restaurants. Die Phantasie kennt hier keine Grenzen. In verschiedenen Ländern Europas, insbesondere in Italien, sind unterdessen neue Ideen aufgetaucht. Restaurants, Bars und Clubs sind unterdessen dazu übergegangen, nur noch Mitglieder in die Lokalität hineinzulassen. Sie bezahlen CHF 5 Mitgliederbeitrag pro Jahr. Damit sind sie Mitglied und ohne Mitgliedschaft können sie nicht in das Restaurant. Das heisst, es ist kein öffentlich zugänglicher Raum mehr, sondern ein Raum, der für Vereinsmitglieder zugelassen ist. Damit greift die Regelung über das Passivrauchen bereits nicht mehr. Es spricht nichts dagegen, dass man hier entsprechend eine Regelung erlässt.

Ich möchte mich auf das Vorgehen konzentrieren. Verschiedene Votantinnen und Votanten haben diesbezügliche Bemerkungen gemacht. Entweder sie haben den Bericht nicht gelesen, nicht zugehört oder wollten nicht zuhören. Die Position des Regierungsrates ist eine sehr praktische. Der Regierungsrat, aber auch die Gesundheitsdirektorenkonferenz, gehen bei verschiedenen Entwicklungen in diesem Bereich davon aus, dass die Kleinräumigkeit und die Mobilität bei den Kantonen ein zunehmendes Problem ist und dass es nationale Regelungen braucht. Wir haben diese Position bei der Hundegesetzgebung vertreten. Wir vertreten diese Position bei der Fristlegung der Altersgrenze für den Alkoholkonsum. Wir vertreten die gleiche Meinung beim Schutz des Rauchens, hier braucht es eine nationale Regelung. Wenn diese Entwicklung tatsächlich anhält und wenn sich National- und Ständerat entscheiden, eine national gültige Regelung zu erlassen, dann kann diese von Ihnen im Oktober 2006 beschlossene Selbstregulierung nicht mehr gelten. In diesem Sinne würde diese Regelung aufgehoben durch eine neue Bundesgesetzgebung. Die Beschlüsse des Grossen Rates setzen wir um. Andrea Bollinger, Elisabeth Ackermann und Stephan Maurer, ich weiss nicht, wo hier die Verzögerungstaktik liegen soll. Wir machen genau das, was der Grosse Rat beschlossen hat. Das Initiativrecht sieht im Normalfall vor, dass eine Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen wird. Wenn Sie beschliessen, die Initiative dem Volk direkt vorzulegen, dann dürfen Sie keine Empfehlung abgeben, gemäss Gesetz. Das hat einen guten Grund, weil das nur dann stattfindet, wenn das Parlament den Inhalt einer Initiative nicht will, nämlich keine Regelung ausarbeiten will, dann beschliesst der Grosse Rat, die Initiative direkt dem Volk vorzulegen. Insofern ist es gegen den Buchstaben des Gesetzes, wenn man eine Initiative, obwohl man deren Inhalt möchte, direkt dem Volk zur Abstimmung überweist. Ich erachte diesen Weg auch aus praktischen Gründen als unnötig, weil man davon ausgehen darf, dass die Mehrheit der Bevölkerung Nichtraucher oder Nichtraucherin ist. Man darf davon ausgehen, dass diese Initiative angenommen wird. Conradin Cramer hat die Frage gestellt, wo die Dringlichkeit liegt. Ich hätte erwartet, dass die Vertreterinnen und Vertreter des Initiativkomitees selber gesagt hätten, um was es wirklich geht. Die strittige Frage auf nationaler Ebene zwischen Nationalrat und Ständerat ist, ob man im Sinne der Initianten nur unbedingte Fumoirs zulassen will oder nicht, oder ob separate auch bediente Raucherräume bzw. bestimmte Ausnahmen für Restaurants gelten sollen, die über keine räumlichen Alternativen verfügen. Das ist der Streit zwischen National- und Ständerat. Die Initianten möchten, separat von den Initiativkomitees, möglichst viele kantonale Volksabstimmungen, die ein Zeichen zum National- und Ständerat setzen. Die Haltung der Regierung ist einfach. Bis die Basler Bevölkerung diesen Entscheid gefällt hat, ist diese Differenzbereinigung zwischen National- und Ständerat möglicherweise obsolet. Sie riskieren folgende demokratische Schwierigkeit. Sie lassen das Volk über einen Inhalt abstimmen, der möglicherweise schon Monate nach der Volksabstimmung keine Geltung mehr hat, weil auf Bundesebene eine andere Regelung beschlossen wurde. Das sind rein praktische und pragmatische Überlegungen, die den Regierungsrat dazu bewogen haben, Ihnen in Übereinstimmung mit dem Gesetz die Überweisung an den Regierungsrat zu beantragen. Dies nicht um zu verzögern, sondern um im Juni 2009 alle Fakten der Auslegeordnung auf dem Tisch zu haben und eine definitive Lösung zu haben. Unbestritten bleibt, dass auch der Regierungsrat sehr daran interessiert ist, eine äusserst griffige Regelung für den Schutz vor dem Passivrauchen aufzuarbeiten. Der Regierungsrat betont gerne, dass er an einer nationalen Regelung interessiert ist, wie in anderen Bereichen auch.

### Der Grosse Rat beschliesst

mit 59 gegen 51 Stimmen,

die Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" gemäss § 18 lit. a. IRG sofort den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.